

Beschlussvorlage

- 1092/19 -

Beratungsfolge	Termin	
Magistrat	01.04.2019	nicht öffentlich / Empfehlung
Haupt- und Finanzausschuss	04.04.2019	öffentlich / Empfehlung
Stadtverordnetenversammlung	11.04.2019	öffentlich / Entscheidung

Betreff: **Förderprogramm des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat "Smart Cities made in Germany"**

Sachverhalt:

Bad Hersfeld wird inzwischen in Deutschland als eine der führenden Städte im Bereich der Digitalisierung angesehen. Dies wird u.a. durch die Einbindung in das ProSeMo-Projekt, welches sich durch namhafte Konsortialpartner wie z.B. BMW auszeichnet, sowie intensiver Berichterstattung in den überregionalen Medien (Bild am Sonntag, Hessenschau, etc.) bestätigt.

Wir wurden von verschiedenen Stellen (Referat im Bundesministerium für Umwelt, Wohnstadt, Regierungspräsidium) bereits darauf angesprochen, dass wir uns unbedingt für das hier erwähnte Förderprogramm bewerben sollten, weil wir ausgezeichnete Voraussetzungen haben und es zudem der Region gut tun würde.

Das Förderprogramm spricht einen ganzheitlichen und nachhaltigen Ansatz mittels Smart-City-Strategie an. Die in Bad Hersfeld anstehenden Aufgaben und Projekte in den Bereichen Verkehrskonzept, nachhaltige Quartiersentwicklung Wever-Gelände, Umsetzung der Charta Energiewende sowie die Ambitionen der Stadt als Klimaschutzkommune passen da ideal hinein.

Grundlage des Förderprogramms ist die Smart City Charta, die das damalige Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in 2017 herausgegeben hat (Anlage 1).

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/bauen/wohnen/smart-city-charta-kurzfassung-de-und-en.pdf?__blob=publicationFile&v=4

In der Charta geht darum, die digitale Transformation in den Kommunen nachhaltig zu gestalten. Damit dies gelingt, wird es nach Ansicht der Bundesregierung entscheidend auf die Akzeptanz durch die Nutzer, durch die Bürgerinnen und Bürger

ankommen. Die Kommunen sollen in die Lage versetzt werden, nicht nur Akteure der Stadtentwicklung, sondern auch Akteure der Digitalisierung zu werden.

Die Bundesregierung hat nun einen konkreten Förderaufruf veröffentlicht (siehe Anlage 2).

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/bauen/wohnen/modellprojekt-smart-cities-aufruf.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Das Programm ist insofern sehr attraktiv, da über mehrere Jahre ein Projektvolumen von durchschnittlich 10 Mio. Euro gefördert wird (im Einzelfall sogar bis 15 Mio. Euro). Die Förderquote liegt für Städte mit „knappen Kassen“ bei 90%; hierzu gehört auch Bad Hersfeld.

Wenn die Stadt in den nächsten Jahren, trotz enormer haushaltsrechtlicher Auflagen (keine Nettoneuverschuldung) und der stadtpolitischen Zielsetzung eines möglichst schnellen Abbaus der vorhandenen Verschuldung, noch einigermaßen handlungsfähig sein will, müssen Mittel und Wege gefunden werden, um die knappen vorhandenen Finanzmittel finanztechnisch zu "hebeln", um also mit einem Euro eigenem Geld möglichst viel externes Geld zu aktivieren.

Das Förderprogramm stellt somit eine ideale Möglichkeit dar, ohnehin anstehende Themen in einen Gesamtkontext zu stellen und zudem überwiegend fremdfinanzieren zu lassen.

Der Zeitpunkt der Antragstellung für das Förderprogramm ist aus Sicht der Verwaltung denkbar ungünstig. Im Moment sind alle Mitarbeiter sehr intensiv mit der Vorbereitung des Hessentages beschäftigt. Falls sich die Stadtverordnetenversammlung dazu entschließt, dass sich Bad Hersfeld über einen Förderantrag für das attraktive Programm bewerben soll, dann muss sehr kurzfristig eine Agentur für die Erstellung der notwendigen Unterlagen und zur Durchführung von ein bis zwei Bürgerworkshops engagiert werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Agentur muss ein Budget bereitgestellt werden. Es werden momentan etwa 20.000-25.000 Euro veranschlagt. Angebote wurden noch nicht eingeholt. Mittel stehen beim Produkt 51101 -Stadtplanung- im Konto 61000000 zur Verfügung.

Projektplanung:

Risiken/ Auswirkungen:

Die Stadt investiert in die Antragsstellung und wird im Programm nicht berücksichtigt.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, einen Antrag zum Programm „Modellprojekte Smart Cities made in Germany“ beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) zu stellen.

Anlagen:

1. Smart City Charta
2. Aufruf zur Einreichung von Modellprojekten Smart Cities made in Germany

Mitzeichnung:

gez. Fehling, Thomas (Bürgermeister) am 26.03.2019
gez. Ebert, Meik (Referent (REF)) am 25.03.2019